



NIEDERSACHSEN: LAND MIT ZUKUNFT



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro Niedersachsen



NIEDERSACHSEN: LAND MIT ZUKUNFT

Eine Studie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen

Impressum

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3, 30159 Hannover
Telefon: 0511 357708 - 30
Internet: www.fes.de/niedersachsen
E-Mail: niedersachsen@fes.de

Verantwortlich

Urban Überschar

Autor_innen

Jana Faus und Stefan Steppat
polytix strategic research gmbh
Dolziger Straße 7, 10247 Berlin

Redaktion

Franziska Schröter

Layout

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Fotos

wellphoto, Michael Luhnberg/iStockPhoto.com;
rcfostock, kras99, Artalis-Kartographie, kantver,
drubig-photo/Fotolia.com; dpa Picture Alliance;
illmedia, dreidreieins fotografie, carlitos/photocase.de

Druck

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Printed in Germany 2017

ISBN: 978-3-95861-781-0



INHALT

Vorwort	4
1. Einleitung	6
2. Methodisches Vorgehen	9
3. Stimmungsbild	10
3.1 Identität und Lebensgefühl	10
3.2 Sicht auf die Politik	18
4. Erwartungen an die Politik	21
4.1 Die wichtigsten Themen	21
4.2 Integration	23
4.3 Sicherheit	27
4.4 Soziale Gerechtigkeit	28
4.5 Bildung	31
4.6 Wirtschaft und Arbeit	35
4.7 Infrastruktur	37
4.8 Energie und Landwirtschaft	39
5. Ausblick	42
6. Literaturverzeichnis	45
7. Abbildungsverzeichnis	47



VORWORT

Im Jahr 2011 hat das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie zur allgemeinen Stimmungslage im zweitgrößten Flächenland Deutschlands durchgeführt. Unter dem Titel „Niedersachsen: Land in Bewegung“ richtete sich das Erkenntnisinteresse damals auf zukünftige Erwartungen an die Landespolitik und längerfristig wirkende Trends und Einstellungen in der Bevölkerung. Seitdem sind einige Jahre vergangen, in denen in Niedersachsen politisch viel in Bewegung gekommen ist. Zeit also, um sich nochmals auf Spurensuche zu begeben und ein Zwischenfazit zu ziehen: Wie ist es im Jahr 2016 um die politische Stimmung in Niedersachsen bestellt? Wie zufrieden sind die Menschen in Niedersachsen zum Beispiel mit ihrer wirtschaftlichen Situation? Wie steht es um die Zukunftserwartungen der Bürger_innen? Welche Themen spielen aktuell eine Rolle und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Politik?

Auf der Grundlage einer repräsentativen Zufallsstichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung in Niedersachsen haben wir ein gesellschaftspolitisches Stimmungsbild eingefangen, welches wir in der vorliegenden Studie beschreiben und analysieren. Ziel der Studie ist es, unsere Angebote der politischen Bildung weiter zu verbessern und möglichst nah an den Fragen und Themen der Bürger_innen auszurichten.

Mit der Durchführung der qualitativ-quantitativen Studie wurde das Meinungsforschungsinstitut pollytix strategic research beauftragt. Die Studie umfasste Fokusgruppen in verschiedenen Regionen Niedersachsens sowie eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung.

Legt man die zentralen Befunde und Ergebnisse unserer Untersuchung zugrunde, so kann man feststellen, dass die niedersächsische Bevölkerung durchaus mit Optimismus in die Zukunft blickt. Dafür gibt es auch Gründe. Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen ist gut und die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Dennoch ist auch auf dem Arbeitsmarkt nicht alles in Ordnung. Leiharbeit und Werkverträge verletzen das Gerechtigkeitsempfinden vieler Bürger_innen. Hier gibt es Handlungsbedarf und die Politik muss aus Sicht vieler Menschen aktiver gegensteuern. Die Flüchtlingssituation empfinden die Menschen zwar nicht als bedrohlich, aber es gibt eine klare Erwartungshaltung gegenüber den politisch Verantwortlichen, die Integration geflüchteter Menschen voranzubringen. Klar ist: Integration kann nur dann wirklich gelingen, wenn die neu Hinzugekommenen auch eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Dies ist Herausforderung und Möglichkeit zugleich. Denn vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden gerade in Niedersachsen zukünftig gut qualifizierte Fachkräfte dringend gebraucht.

Bildung ist und bleibt ein wichtiges Zukunftsthema. Die Niedersächssinnen und Niedersachsen erkennen durchaus die Anstrengungen von Seiten der Politik an, für ein gerechteres Bildungssystem zu sorgen. Die Abschaffung der Studiengebühren durch die aktuelle Landesregierung gilt vielen als Beleg für genau diese Bemühungen. Aber es bedarf gerade auch in der Bildungspolitik weiterer – auch finanzieller – Anstrengungen, um den Bildungsstandort Niedersachsen weiter zu stärken.

Die Ergebnisse der Studie helfen uns bei den weiteren Planungen unserer politischen Bildungsarbeit in Niedersachsen. Die Studie gibt einen Einblick in die aktuelle Stimmungslage in der Bevölkerung. Wir danken den Autor_innen sehr herzlich!

Urban Überschär

Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung



1. EINLEITUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen ließ 2011 ein Stimmungsbild ihres Bundeslandes ermitteln, das die damalige Gemütsverfassung der Menschen u. a. als „sehr verhalten“ (vgl. FES Niedersachsen 2011: 4) beschrieb, obwohl die Niedersachsen zunächst von sich selbst und ihrem Land ein positives Bild entwarfen. Beinahe drei Viertel der Bürger_innen gaben an, dass es in ihrem Bundesland ein Gefühl der Zusammengehörigkeit gibt. Darüber hinaus beschrieben sich die Niedersachsen als aufgeschlossenen und freundlichen Menschenschlag; Offenheit und Toleranz befanden sich damals unter den meistgenannten Merkmalen (vgl. FES Niedersachsen 2011: 55). Niedersachsen selbst wurde als Land beschrieben, in dem man gut leben kann, das gute Freizeitmöglichkeiten bietet, das familienfreundlich ist und in dem Landschaft und Leute als angenehm empfunden wurden.

Die Lebenszufriedenheit in bestimmten Bereichen war vor fünf Jahren also hoch, doch gleichzeitig war die Stimmung insgesamt eher reserviert. In der Studie von 2011 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die persönlichen Zukunftserwartungen entscheidend durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Stellung in der Gesellschaft bedingt werden (vgl. bspw. auch Becker 2013: 49; Destatis/WZB 2016: 424) – und hier bestand nur bedingt Grund zum Optimismus. Längerfristige Trends, wie die Abwanderung junger, gut qualifizierter Menschen aus Niedersachsen, einzelne Ereignisse, wie die noch nicht lange zurückliegende Finanzkrise und ein nur langsames Wirtschaftswachstum ließen die Niedersachsen eher zögerlich positive Zukunftserwartungen äußern. Nur rund die Hälfte der Bevölkerung blickte optimistisch in die Zukunft (vgl. FES Niedersachsen 2011: 34). Nicht zuletzt auf Grund der unsicheren ökonomischen Situation sahen die Niedersachsen deshalb gerade bei sozialen und ökonomischen Themen die größten Problemfelder. Zu den wich-

tigsten Themen, um die sich die Politik kümmern sollte, gehörten die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen, die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung vor Ort sowie ein leistungsfähiges Bildungssystem (vgl. FES Niedersachsen 2011: 39). Gerade im Hinblick auf den letzten Bereich herrschte dabei ein deutliches Gefühl der Unzufriedenheit vor. Die bis dahin durchgeführten Bildungsreformen schienen aus Sicht der Bürger_innen keine wesentlichen Verbesserungen und Fortschritte gebracht zu haben, sodass in der Bildungspolitik ein „Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (vgl. FES Niedersachsen 2011: 4) wahrgenommen wurde. Aber auch an anderer Stelle bestand Handlungsbedarf. So bewertete zwar die Mehrzahl der Niedersächsinnen und Niedersachsen ihr Land als modern, allein die „Insignien der Modernität“ – erneuerbare Energien, ein ausgebautes Verkehrsnetz, erfolgreiche Universitäten, ein attraktiver Wirtschaftsstandort und gute berufliche Chancen – waren mangelhaft vorhanden (vgl. FES Niedersachsen 2011: 54 f.). Lediglich ältere Menschen waren noch eher zufrieden mit dem Land und sahen positiv in die Zukunft. Die junge Generation dagegen sah ihre Zukunftschancen in Niedersachsen schwinden und war deshalb eher bereit, außerhalb ihrer Heimat zu arbeiten und zu leben (vgl. FES Niedersachsen 2011: 62).

Bis heute sind die Herausforderungen für Niedersachsen sicherlich nicht geringer geworden. Zwar scheint die Finanzkrise mittlerweile überwunden zu sein – Niedersachsen verzeichnete 2015 mit 2,1 Prozent ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenquote erreichte einen neuen Tiefststand (vgl. NIW 2016) – aber neue Aufgaben, ausgelöst etwa durch die Flüchtlingssituation, drängen bereits auf eine Lösung, während alte Probleme, z. B. im Bildungsbereich, immer noch auf eine befriedigende Antwort warten. Um zu überprüfen, ob die bisher eingeschlagenen Wege zielführend sind oder ob und inwieweit die Richtung nachjustiert werden sollte, bietet es sich daher an, ein Zwischenfazit zu ziehen und die Niedersachsen erneut zu befragen, um herauszufinden: Wie steht es aktuell um die Stimmung im Land? Wie zufrieden sind die Menschen 2016 mit ihrem Leben in Niedersachsen und was erwarten sie für sich in Zukunft? Welche Einstellungen herrschen derzeit vor? Welche Themen und Sorgen beschäftigen die Bürger_innen Niedersachsens heutzutage? Wie wird die Arbeit der aktuellen Landespolitik bewertet? Konnte der Abstand zwischen Forderungen der Bevölkerung und Angeboten durch die Landespolitik überwunden bzw. verringert werden? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Politik und die politische Bildung?

Die vom Landesbüro Niedersachsen der FES in Auftrag gegebene qualitativ-quantitative Studie beim Meinungsforschungsinstitut pollytix strategic research möchte helfen, Antworten auf diese Fragen zu geben. Dazu wurden Gruppendiskussionen in verschiedenen Regionen des Bundeslandes sowie eine Repräsentativbefragung der niedersächsischen Bevölkerung durchgeführt.





2. METHODISCHES VORGEHEN

Die nachfolgende Studie beruht auf einem zweistufigen Untersuchungsverfahren. Die erste Phase diente dazu, einen ersten Eindruck von relevanten Themen im Land, den Erwartungen an die Politik sowie der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Niedersachsen zu gewinnen. Dazu wurden vom 30. Mai 2016 bis zum 1. Juni 2016 insgesamt sieben Fokusgruppen mit je acht Teilnehmer_innen in Göttingen, Hannover, Aurich, Lüneburg und Oldenburg durchgeführt. Bei der Auswahl der Teilnehmer_innen wurde auf einen ausgewogenen Mix der Variablen Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen und Kinder im Haushalt geachtet. Die Gruppen in Göttingen und Hannover wurden darüber hinaus noch einmal nach Stadt- und Umlandbevölkerung getrennt.

Mit den im ersten Teil gewonnenen Erkenntnissen wurde das Erhebungsinstrument für den zweiten Untersuchungsschritt feingeschliffen, um so ein tieferes Verständnis der folgenden quantitativen Ergebnisse zu ermöglichen. Die Daten hierfür wurden mit Hilfe einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung in der Zeit vom 8. August 2016 bis 20. August 2016 erhoben. Mittels computergestützter telefonischer Interviews wurden 2.000 Wahlberechtigte in Niedersachsen ab 18 Jahren befragt. Die Daten wurden zur Gewährleistung repräsentativer Ergebnisse nach der amtlichen Statistik gewichtet.¹

¹ Bei allen im Folgenden dargestellten Ergebnissen sind mögliche Differenzen zu 100 Prozent auf Rundungen oder fehlende Werte zurückzuführen.



3. STIMMUNGSBILD

Bevor im Folgenden Einstellungen, wichtige Themen im Land und Anliegen der Bürger_innen betrachtet werden, soll zunächst ein Blick auf den Untersuchungsgegenstand, die niedersächsische Bevölkerung, geworfen werden, um so das notwendige Verständnis zu schaffen, wer nachfolgend genauer analysiert wird. Welche Aussagen lassen sich also über die Bevölkerung und ihr Wesen treffen?

3.1 IDENTITÄT UND LEBENSGEFÜHL

Die Niedersachsen fühlen sich mit ihrem Land und ihrer Region sehr verbunden und zeichnen sich gleichzeitig – kaum überraschend – durch ein positives Selbstbild aus. Trotzdem das Land zwischen Harz und Nordsee durch recht unterschiedliche Regionen geprägt ist, die eine wichtige Rolle für die regionale Kultur und Identitätsstiftung spielen (Sturm 2016: 76; FES 2012), zeigten sich sowohl in den Fokusgruppen als auch in der quantitativen Befragung mehr gemeinsame als trennende Eigenschaften. Dieser Befund deckt sich mit früheren Studien, die ähnliche Beobachtungen machten: „Auf der einen Seite steht vielleicht ‚Ostfrieze‘, aber auf der anderen Seite steht ‚Niedersachse‘. Beides zusammen vertragen sich gut“ (Albers 2006). Die starke regionale Identifikation bietet eine Chance zur Verhinderung von Abwanderung und Stärkung des regionalen Selbstbewusstseins (Sturm 2016: 77) und wirkt sich in dieser Hinsicht positiv auf den Zusammenhalt in Niedersachsen aus.

Insgesamt beschreiben sich die Niedersachsen als bodenständiger, ruhiger Menschenschlag, der gelassen ein stabiles Gemeinschaftsgefühl mit den Menschen in seiner Umgebung sucht und schätzt (vgl. Abb. 1).

(bspw. Schützenfest, Maschseefest, Bosseln etc.) (vgl. Sturm 2016: 76). Hier zeigen die Bürger_innen Niedersachsens großes und selbstverständliches Engagement. Insbesondere Befragte aus Ostfriesland verweisen dabei zusätzlich, mit nicht geringem Stolz, auf ihre Sprache, die wieder zunehmend gepflegt und gesprochen wird.

Darüber hinaus spielt die Mitgliedschaft in Vereinen (häufig Sportvereine, v. a. auf dem Land die freiwillige Feuerwehr sowie vereinzelt kirchliche und karitative Vereine) eine wichtige integrative Rolle. Viele Menschen waren oder sind Mitglied in teilweise sogar mehreren Vereinen und berichteten hier durchweg von positiven Erfahrungen.

Eine weitere identitäre Klammer ist eher mentaler Natur und besteht in der Skepsis gegenüber Veränderungen, Neuerungen und Wandel. Oftmals wurden Niedersachsen als „stur“, „konservativ“, „engstirnig“ und teilweise sogar als „veränderungsresistent“ charakterisiert. Statt offen für Veränderungen zu sein, „bleibt man lieber bei dem, was man hat“.

„Das ist norddeutsch: Erst mal skeptisch gegenüber neuen Dingen sein.“

Diese Einstellung kann insofern problematisch werden, da sie einerseits die Integration Außenstehender (z. B. Zugezogene, Flüchtlinge) in die Gemeinschaft erschwert und sich andererseits negativ auf den Wirtschaftsstandort Niedersachsen auswirken kann. Trotz der zahlreichen renommierten technischen Fach- und Hochschulen mit internationalen Studierenden werden das Land und seine Wirtschaft nicht als besonders innovativ wahrgenommen. Verbesserungen und neue Ideen scheinen eher aus dem Innovationspotenzial nichtniedersächsischer Fachkräfte geschöpft zu werden. Für die Politik erweist sich diese Einstellung leicht als zweischneidiges Schwert: Einerseits wird in verschiedenen Politikfeldern Handlungsbedarf gesehen (siehe Themen) und andererseits wird eine möglichst bruchlose Politik befürwortet, wodurch tief greifende Reformen tendenziell weniger Zustimmung und Rückhalt in der Bevölkerung erhalten könnten.

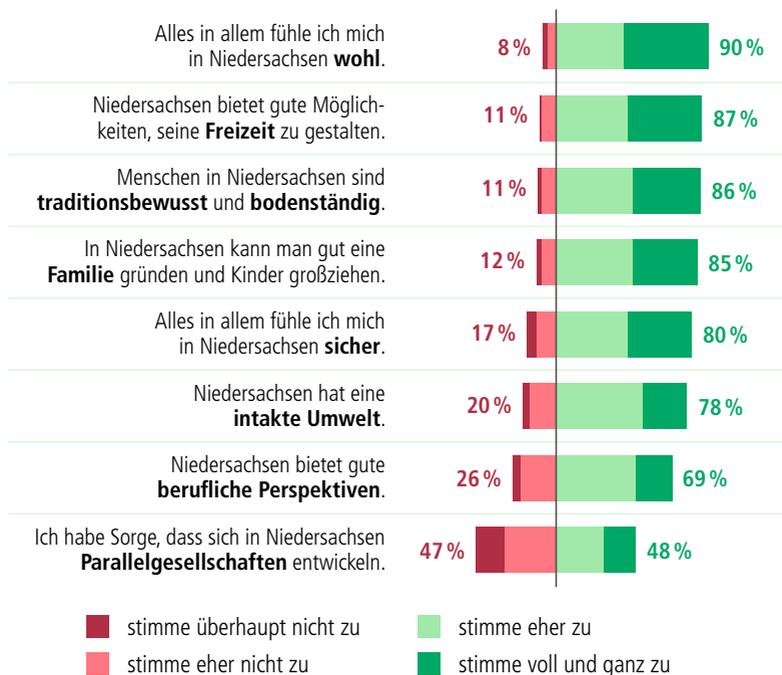
Vergleicht man die Attribute, die die Bürger_innen Niedersachsens ihrem Land zuschreiben, ergeben sich ebenfalls zahlreiche Übereinstimmungen zwischen 2011 und 2016. Neben positiven Entwicklungen gibt es aber auch negative Trends.

Abbildung 2: Niedersächsisches Lebensgefühl

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe.



Auf den ersten Blick fallen die (noch immer) hohen Zustimmungswerte auf und es lassen sich sogar in einigen Bereichen noch Verbesserungen feststellen. Die Niedersachsen schauen weiterhin mit einem sehr positiven Blick auf ihr Land (vgl. Abb. 2). Obwohl der Wert leicht gesunken ist, fühlt sich die große Mehrheit der Menschen wohl in ihrem Bundesland (90 Prozent in 2016 zu 94 Prozent in 2011; vgl. FES Niedersachsen 2011: 54). Die bereits 2011 hohe Zustimmung zu den guten Freizeitmöglichkeiten ist sogar leicht gestiegen. Auch das Sicherheitsgefühl ist in Niedersachsen mit 80 Prozent Zustimmung intakt. Allerdings verspüren 47 Prozent der Bürger_innen eine diffuse Sorge vor der Entwicklung von Parallelgesellschaften.

Das „gute Gefühl“, in Niedersachsen zu leben, wird noch etwas mehr getrübt, denn weniger Niedersächsinnen und Niedersachsen als 2011 bewerten die Umwelt ihres Bundeslandes als intakt (78 Prozent in 2016 zu 87 Prozent in 2011; vgl. FES Niedersachsen 2011: 54). Wie wir später noch genauer sehen werden, haben hier zunehmende Umweltprobleme, wie die steigende Nitratbelastung des Grundwassers, Spuren hinterlassen.

Wie verhält es sich nun aber mit Aussagen, die als Indikatoren für die Qualität des (Wirtschafts-) Standorts Niedersachsen herangezogen werden können? Wie attraktiv ist Niedersachsen, um sich hier ein Leben aufzubauen und eine Familie zu gründen? Und welche beruflichen Chancen bietet das Land gerade für junge Menschen, die maßgeblich für moderne Wissensökonomien sind, andererseits aber bereits 2011 deutliche Abwanderungstendenzen aufwiesen (vgl. FES Niedersachsen 2011: 62; FES 2012)? Erfreulicherweise sind hier Verbesserungen erkennbar. Während 2011 lediglich die Hälfte der Menschen der Aussage zustimmte, Niedersachsen biete gute berufliche Perspektiven (vgl. FES Niedersachsen 2011: 55), sind es nun 69 Prozent. Bei den unter 40-Jährigen ist die Zustimmung sogar noch etwas höher. Und auch die Zustimmung zur Familienfreundlichkeit hat sich verbessert. 2011 war Niedersachsen für 80 Prozent seiner Einwohner_innen ein familienfreundliches Land (vgl. FES Niedersachsen 2011: 60). Heute stimmen 85 Prozent der Aussage zu, dass man in Niedersachsen gut eine Familie gründen und Kinder großziehen könne.

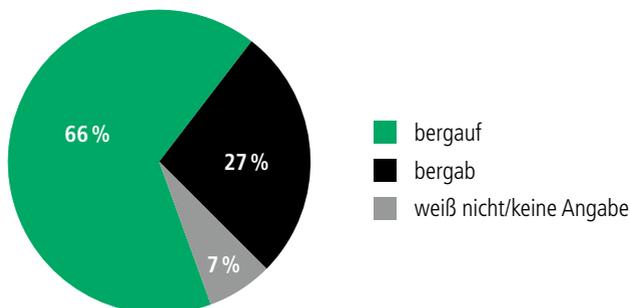
Wie bereits erwähnt, sind persönliche Zukunftserwartungen entscheidend mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Stellung in der Gesellschaft verknüpft. So zeigten die Ergebnisse von 2011, dass der Optimismus mit höherer sozialer Stellung und Wohlstand steigt und sich die Zukunftserwartungen der Niedersächsinnen und Niedersachsen bereits damals im Zeitverlauf und mit zunehmendem wirtschaftlichem Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte optimistischer gestalteten. Dieser Trend hat bis heute angehalten. Insgesamt ist Niedersachsen derzeit wirtschaftlich gut aufgestellt und die jüngsten Umfrageergebnisse belegen, dass bei der Mehrzahl der Niedersächsinnen und Niedersachsen eine große Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage besteht.

Abbildung 3: Einschätzung der Entwicklung Niedersachsens

Ganz allgemein, geht es mit Niedersachsen Ihrer Meinung nach eher bergauf oder bergab?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Abweichungen rundungsbedingt.



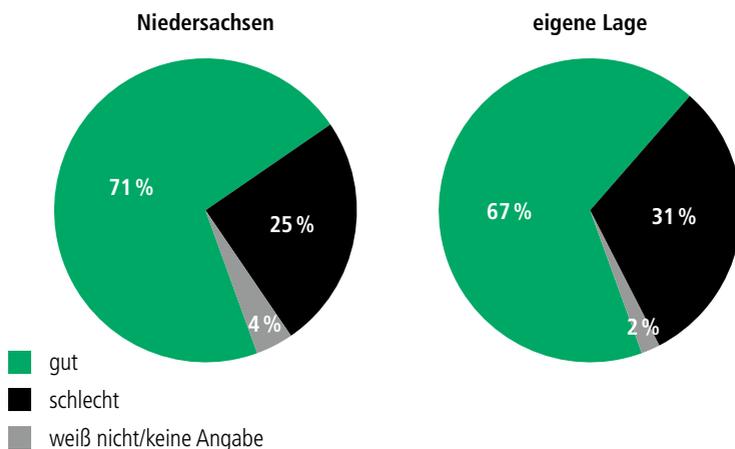
Mit Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre kommen die Niedersächsinnen und Niedersachsen zu einem ermunternden Fazit. Sowohl das Lebensgefühl als auch die wirtschaftliche Entwicklung werden positiv gesehen. Für zwei Drittel der Menschen in Niedersachsen ist das Land aktuell auf dem richtigen Weg – es geht bergauf. Zwar war die Lebenszufriedenheit der Niedersächsinnen und Niedersachsen 2011 auch hoch, aber die Stimmung war insgesamt bedrückter. Lediglich 55 Prozent der Befragten blickten mehr oder weniger optimistisch in die Zukunft (vgl. FES Niedersachsen 2011: 34) und nur ein Sechstel von ihnen äußerte damals großes Zutrauen in die persönliche Zukunft.

Abbildung 4: Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage

Ganz allgemein, wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage in Niedersachsen? Und Ihre eigene?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Abweichungen rundungsbedingt.



Aktuell bewerten über zwei Drittel der Niedersächsinnen und Niedersachsen ihre eigene wirtschaftliche Lage mit „gut“, während beinahe drei Viertel von ihnen dies auch für die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes so sehen (vgl. Abb. 4).

„Also ich bin glücklich. Ich habe mein Haus und meinen Kindern geht's gut. Man braucht nicht viel und ich bin froh, wenn ich meine Ruhe habe.“

Ohne Frage macht sich hier die positive wirtschaftliche Entwicklung bemerkbar, die sowohl die Bundesrepublik als auch Niedersachsen in den vergangenen Jahren erlebt haben. Die Arbeitslosenquote ist stetig gesunken, die Zahl der Erwerbstätigen und das Bruttoinlandsprodukt sind gestiegen (vgl. NIW 2016), mit der Folge, dass auch das verfügbare Einkommen der Niedersächsinnen und Niedersachsen gewachsen ist (vgl. LSN 2015; Nentwig & Werwath 2016). Dieses Ergebnis darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass knapp ein Drittel der Menschen in Niedersachsen die eigene wirtschaftliche Lage als „schlecht“ bewertet

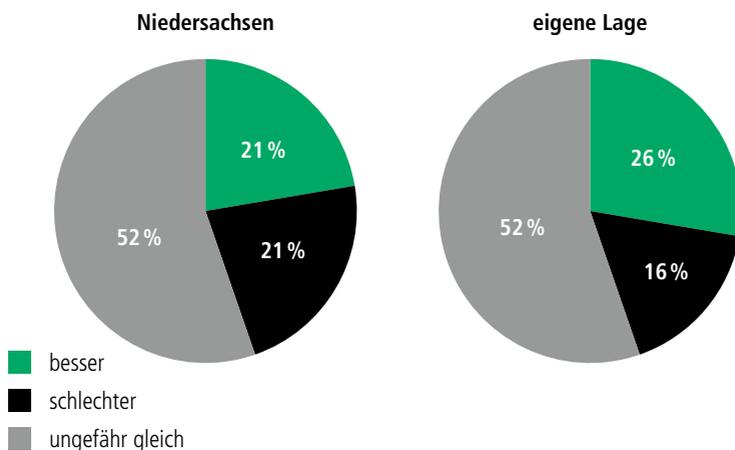
und rund ein Viertel von ihnen Niedersachsen nicht auf dem richtigen Weg sieht. Demzufolge sind die derzeitigen Zukunftserwartungen zwar mehrheitlich deutlich positiv, aber ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung schaut pessimistisch auf die kommenden fünf Jahre.

Abbildung 5: Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft

Und wie, glauben Sie, wird die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen in fünf Jahren im Vergleich zu heute sein? Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Abweichungen rundungsbedingt.



Mehr als die Hälfte der Menschen ist von der wirtschaftlichen Stabilität Niedersachsens überzeugt und sieht das Land auch in fünf Jahren noch gleichbleibend gut aufgestellt (vgl. Abb. 5). 21 Prozent der Niedersächsinnen und Niedersachsen gehen zudem von einem Aufschwung aus, aber ebenso viele von einer Verschlechterung. 26 Prozent der Bürger_innen erwarten sogar, dass sich die eigene wirtschaftliche Lage in fünf Jahren verbessert haben wird. In der Vorgängerstudie konnten dagegen Ende 2010 nur acht Prozent von ihnen eine uneingeschränkt optimistische wirtschaftliche Zukunft sehen (vgl. FES Niedersachsen 2011: 37). Der Anteil von Menschen, die pessimistisch in die Zukunft schauen, hat sich dagegen zwischen 2011 und 2016 kaum verändert.

Die wirtschaftliche Situation in Niedersachsen hat sich also in den vergangenen fünf Jahren sowohl für das Land als auch für eine Mehrzahl seiner Bürger_innen merklich gebessert. Es stellt sich daher die Frage, ob die positive wirtschaftliche Leistungsbilanz des Landes auch positiv auf das Zufriedenheitskonto der Landesregierung einzahlt.

3.2 SICHT AUF DIE POLITIK

2011 stellte die Studie der FES Niedersachsen fest, dass sich das Interesse der Niedersächssinnen und Niedersachsen an Details der Landespolitik in sehr engen Grenzen hält, denn „eine klare Mehrheit interessiert sich weniger oder gar nicht für Politik“ (vgl. FES Niedersachsen 2011: 20). An diesem Befund hat sich in den vergangenen fünf Jahren in Bezug auf landespolitische Themen kaum etwas geändert. Die Diskussionen in den Fokusgruppen vermittelten deutlich, dass die Niedersächssinnen und Niedersachsen weiterhin nur über geringes Wissen zur Landespolitik verfügen und auch nur wenig Interesse an ihr zeigen. Manchen war unklar, welche Partei(en) derzeit die Regierung in ihrem Bundesland stellen und seit wann die Regierung überhaupt im Amt ist. Gleiches galt für das politische Personal. Es waren kaum Namen von Minister_innen geläufig und auch der Ministerpräsident war nicht allen bekannt.

Zufriedenheit äußerte man darüber, dass schlechte Nachrichten und Skandale der Regierung weitgehend ausblieben, denn man erwartet vor allem geräuschloses und unsichtbares Regieren. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte scheinen ebenfalls mitursächlich für die Zufriedenheit der Niedersächssinnen und Niedersachsen mit ihrer Landesregierung zu sein.

So äußern sich 62 Prozent der Menschen zufrieden mit ihrer Landesregierung, während lediglich 13 Prozent eher bzw. sechs Prozent sehr unzufrieden mit ihr sind. Dass die Zustimmung zur Regierungsarbeit unter den Wähler_innen der Regierungsparteien SPD und Grüne am höchsten ist, kann nicht verwundern (vgl. Abb. 6). Dass die Regierung aber auch bei den Wähler_innen der Oppositionsparteien teilweise ähnlich gut abschneidet, lässt aufhorchen und kann als weiteres Zeichen für eine erfolgreiche politische Arbeit gewertet werden.

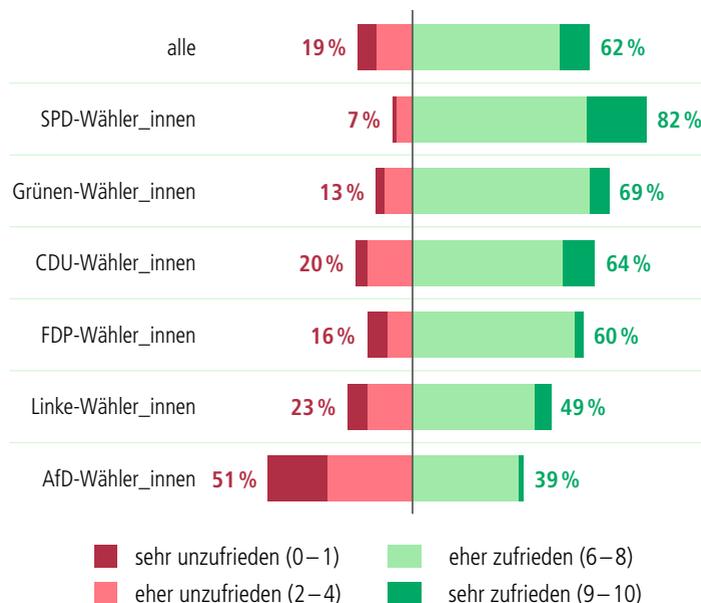
Die Zufriedenheitswerte der AfD-Wähler_innen fallen dagegen aus dem Rahmen und weisen auf deutlichen Unmut über die Landesregierung hin. Wähler_innen

Abbildung 6: Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung nach Wählergruppen

Auf einer Skala von 0 für völlig unzufrieden bis 10 für völlig zufrieden, wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5), weiß nicht/keine Angabe.



der AfD zeichnen sich darüber hinaus durch eine insgesamt pessimistischere Bewertung aus, sowohl im Hinblick auf ihre persönlichen Lage und Zukunft als auch in Bezug auf die Lage und Zukunft Niedersachsens. Für zwei Drittel von ihnen geht es bergab mit Niedersachsen. Die private wirtschaftliche Lage bewertet knapp die Hälfte von ihnen mit „schlecht“, die des Landes sogar 60 Prozent. Eine Verbesserung der persönlichen Verhältnisse in den nächsten fünf Jahren erwartet nur rund ein Drittel und für das Land blickt ca. die Hälfte der AfD-Wähler_innen pessimistisch in die Zukunft. Hinzukommt, dass diese Wähler_innen-gruppe sich weniger sicher im Land fühlt als der Rest der Niedersächssinnen und Niedersachsen und eine große Mehrheit von ihnen (82 Prozent) Sorgen vor der

Entstehung von Parallelgesellschaften hat. Diese Werte überraschen jedoch kaum, und stehen weitgehend in Einklang mit anderen Untersuchungen. Bei diesen konnte gezeigt werden, dass AfD-nahe Wahlberechtigte, obwohl sie selbst in eher guten ökonomischen Verhältnissen leben, dazu neigen, pessimistisch auf die Lage im Land und seine Zukunft zu blicken (vgl. Bergmann et. al 2016: 2).

Die niedersächsische Politik kann also auf eine positive Leistungsbilanz blicken und erntet im Moment die Früchte ihrer Arbeit, die sich auch im wirtschaftlichen Bereich ausgezahlt hat. Auf diesem Ergebnis kann sie sich jedoch nicht ausruhen, denn bei einem Teil der Bevölkerung scheint der konjunkturelle Aufschwung nicht anzukommen.



4. ERWARTUNGEN AN DIE POLITIK

Befragt nach ihren persönlichen Sorgen in Bezug auf ihr Bundesland spielten 2011 bei den Niedersächssinnen und Niedersachsen v.a. soziale Themen eine dominante Rolle. Bedenken, „dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer größer werden“, standen dabei an erster Stelle. Hinzu kamen Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie die Besorgnis, dass ein unmodernes, leistungsschwaches Bildungssystem den niedersächsischen Kindern Zukunftschancen verbauen werde (vgl. FES Niedersachsen 2011: 24 ff.). Mit Blick auf die Politik ergaben sich aus diesen Bedenken klare Handlungsaufträge, nämlich an erster Stelle Arbeitsplätze zu schaffen und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zukunftsfähig zu machen, für soziale Gerechtigkeit und einen sicheren Sozialstaat zu sorgen sowie das Bildungssystem leistungsfähiger zu gestalten.

Neben den genannten Aufgaben standen auch die Themen Sicherheit und Zuwanderung auf der Sorgen- bzw. Prioritätenliste der Bürger_innen. Sie rangierten 2011 jedoch eher im Mittelfeld. Inwieweit hat sich also die Themenagenda in den vergangenen fünf Jahren geändert? Welche Themen besitzen derzeit einen hohen Stellenwert (vgl. dazu Abb. 7)? Und welche Folgen ergeben sich aus all dem für die Politik?

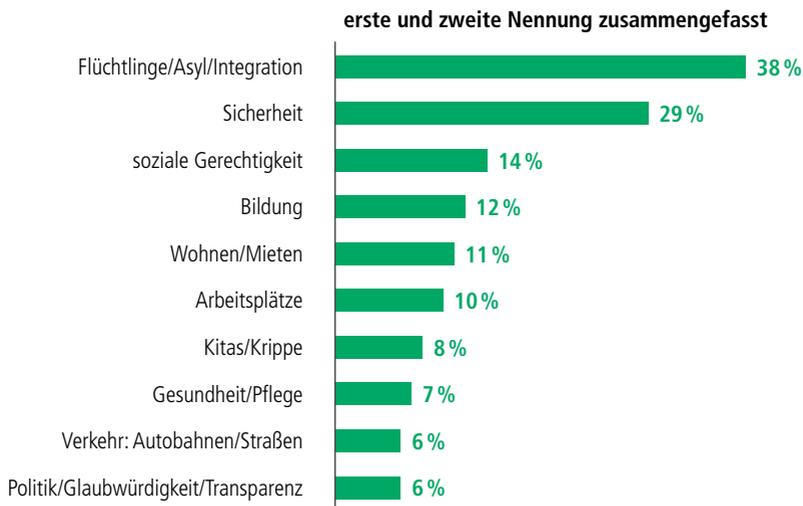
4.1 DIE WICHTIGSTEN THEMEN

Im Vergleich mit 2011 ist in Niedersachsen einiges in Bewegung geraten. Zwar stehen „Arbeitsplätze“ noch immer auf der Liste der zehn drängendsten Probleme, aber bei freien Antworten wird das Thema nur noch von zehn Prozent der

Abbildung 7: Wichtigste Themen

Wenn Sie mal an Ihr eigenes Leben in Niedersachsen denken. Was ist derzeit für Sie persönlich das größte Problem, um das sich die Landespolitik stärker kümmern sollte? Und was ist das zweitgrößte Problem?

Basis: Alle Wahlberechtigten & Zielgruppe.
Gesamtwert erste und zweite Nennung.



Niedersächssinnen und Niedersachsen genannt (28 Prozent in 2011) (vgl. FES Niedersachsen 2011: 30). Im Folgenden wird das Thema unter der Überschrift „Wirtschaft und Arbeit“ genauer erläutert werden. Statt Arbeitsplätze, Atompolitik und Bildung betreffen nun die häufigsten Nennungen Flüchtlinge (38 Prozent), Sicherheit (29 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (14 Prozent). Dass die beiden erstgenannten Themen so deutlich hervortreten, liegt jedoch nicht zuletzt daran, dass die Niedersächssinnen und Niedersachsen bei der Beantwortung der gestellten Frage selbstredend nicht trennscharf zwischen Bundesland und Bundesrepublik unterscheiden. Da in die Feldzeit kontrovers geführte bundespolitische Debatten über die innere Sicherheit, ein Burkaverbot sowie über den Umgang mit Flüchtlingen geführt wurden, die natürlich nicht spurlos an Niedersachsen vorübergegangen sind, ist davon auszugehen, dass hierdurch das Antwortverhalten signifikant beeinflusst wurde. Wie drängend die beiden Themen Integration

und Sicherheit sind, wollen wir weiter unten gesondert erörtern. Das Thema soziale Gerechtigkeit wird am dritthäufigsten genannt. Was die Bürger_innen Niedersachsens unter dieser Chiffre genau verstehen, wird daher ebenfalls in einem eigenen Abschnitt geklärt werden. Bildung scheint dagegen an Dringlichkeit verloren zu haben (12 Prozent in 2016 zu 21 Prozent in 2011) (vgl. FES Niedersachsen 2011: 30), beschäftigt aber weiterhin zahlreiche Menschen und soll daher gemeinsam mit dem Komplex „Kitas/Krippe“, der auf Platz 7 landete, betrachtet werden; nicht zuletzt, da die Forderung nach einem effektiveren Bildungssystem zentral in der letzten Studie war. Die Themen Verkehr und Gesundheitswesen haben sich in der Rangliste dagegen kaum bewegt und tauchten bereits 2011 an ähnlicher Stelle wie heute auf der Agenda auf. Sie werden gemeinsam exemplarisch unter dem Stichwort „Infrastruktur“ behandelt. Die Themen Umwelt und Atompolitik wurden mit jeweils fünf Prozent weit weniger häufig genannt als 2011 (Umwelt: acht Prozent in 2011, Atompolitik: 23 Prozent in 2011) (vgl. FES Niedersachsen 2011: 30). Nichtsdestotrotz sind Fragen wie die Suche nach einem Atommüllendlager, der Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Übergang zu einer stärker auf ökologische Methoden setzenden Landwirtschaft thematische Dauerbrenner und werden die Niedersächsinnen und Niedersachsen voraussichtlich noch auf Jahre und Jahrzehnte beschäftigen (vgl. Nentwig & Werwath 2016) – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität –, weshalb sie ebenfalls ausführlicher in einem eigenen Abschnitt behandelt werden sollen.

Die nachfolgenden Ausführungen beruhen zu weiten Teilen auf den Ergebnissen von Diskussionsrunden in Fokusgruppen. Sie sind daher nicht als repräsentative Daten zu werten. Aufgrund der demografisch ausgewogenen Zusammensetzung der Fokusgruppen, der regionalen Verteilung ihrer Durchführungsorte und der Kohärenz der Antworten über alle Gruppe hinweg, bieten sie jedoch gleichwohl einen recht genauen und verlässlichen Blick auf die Sorgen und Themen der Niedersächsinnen und Niedersachsen.

4.2 INTEGRATION

Die „typisch“ norddeutsche Zurückhaltung äußert sich bei den Niedersächsinnen und Niedersachsen auch zunächst in Form von Skepsis und Zurückhaltung gegenüber Flüchtlingen. Dennoch lässt sich nur bei wenigen Menschen eine grundlegende Ablehnung gegenüber diesen feststellen. Ebenso werden nur selten irrational anmutende Ängste etwa bezüglich einer „Islamisierung Deutschlands“

geäußert. Jedoch würde das Thema bei den Niedersächsinen und Niedersachsen nicht an erster Stelle stehen, wenn nicht Handlungsbedarf gesehen würde.

Ein wichtiger Punkt ist hierbei die Befürchtung, dass Gewaltdelikte und Straftaten durch Flüchtlinge zunehmen werden. Allerdings äußern nur wenige Niedersächsinen und Niedersachsen die Angst, selbst direkt Opfer von Gewaltdelikten zu werden. Gewalt, die von Flüchtlingen gegen Deutsche ausgeht, befürchten nur die wenigsten. Viel eher erwartet man Gewaltausbrüche in Unterkünften, in denen zahlreiche Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, teilweise traumatisiert, auf engem Raum miteinander auskommen müssen. Inadäquate Wohnverhältnisse und (importierte) kulturelle Konflikte sehen die Menschen Niedersachsens eher als Ursache für Probleme als eine mangelnde Anpassung an die „deutsche Leitkultur“.

Auch wenn die Niedersächsinen und Niedersachsen in ihrem Alltag Flüchtlingen und Zugewanderten selten ablehnend begegnen, erzeugt das Thema bei vielen Vorbehalte. Vor allem Berichte über die Möglichkeit von nach Deutschland eingeschleusten „Schläfern“, eine zunehmende Gefahr von Terroranschlägen sowie die mediale Berichterstattung über die Hintergründe der Terrorwarnung in Hannover im November des vergangenen Jahres schüren die Sorge, dass mit den Flüchtlingen mehr auf Niedersachsen und seine Bürger_innen zukommt als soziale Probleme und integrative Herausforderungen.

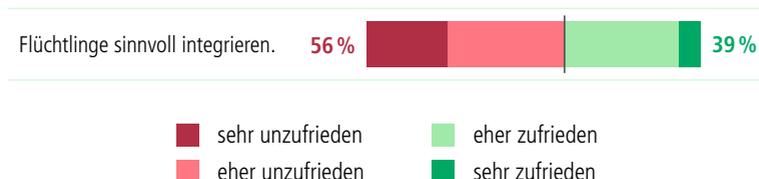
Letztere sind die Menschen Niedersachsens allerdings durchaus willens anzugehen. Nicht wenige von ihnen sind aktiv damit beschäftigt, Flüchtlinge willkommen zu heißen und zu integrieren. Nicht wenige machen dabei jedoch auch die Erfahrung, dass es von Seiten der Politik und Verwaltung an Unterstützung mangelt und sehen hier einigen Nachholbedarf. Dabei richtet sich die Kritik über den bisherigen Verlauf der Entwicklung häufig zunächst einmal an die Bundesebene. Bundesregierung und Bundeskanzlerin scheinen in den Augen der Niedersächsinen und Niedersachsen bis auf den Willen einer Lösung der Flüchtlingskrise keine konkreten Vorschläge oder Ansätze zu besitzen, diese auch tatsächlich zu lösen. Da bei vielen Bürger_innen die Trennung zwischen Bund und Ländern eher unscharf erfolgt, richtet sich der kritische Blick aber auch rasch auf die Landesregierung, die in der Pflicht gesehen wird, die zahlreichen Probleme vor Ort zu lösen. Aus Sicht der Niedersächsinen und Niedersachsen steht ihre Landesregierung also ebenso in der Pflicht zu handeln wie der Bund, nur scheint sie dies bislang nicht in ausreichendem Maß zu tun. So sind über die Hälfte der

Abbildung 8: Zufriedenheit beim Thema Integration

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Menschen in Niedersachsen unzufrieden mit den bisherigen Anstrengungen der Landesregierung, die Flüchtlinge sinnvoll zu integrieren (vgl. Abb. 8).

Außer der Errichtung von Notunterkünften scheint auch die Landesregierung keinen weiterführenden Plan für eine gelingende Integration zu haben. Dadurch entsteht bei den Niedersächsinen und Niedersachsen rasch der Eindruck, mit dem Problem der Integration der Flüchtlinge alleingelassen zu werden. Bürger_innen, die dennoch zu einer gelingenden Integration beitragen möchten, fühlen sich darüber hinaus in ihren Bemühungen oftmals ausgebremst. Nicht nur scheint die Verwaltung langsam und streckenweise unkoordiniert zu arbeiten, sie behindert darüber hinaus oftmals bürgerschaftliches Engagement durch die Errichtung bürokratischer Hürden.

„Bei uns gibt es auch zwei Flüchtlingsheime. Mein Mann wollte mit den Leuten dort Sport machen. Das geht aber nicht. Man muss es erst anmelden und die bürokratischen Wege sind schwierig. Die Flüchtlinge gibt es nicht erst seit gestern hier. Wir sind einfach zu langsam.“

Neben dem Eindruck eines fehlenden Gesamtplans und verwaltungstechnischer Hindernisse fehlt es den Menschen in Niedersachsen auch an Informationen zum Thema. Dies begünstigt wiederum diffuse Sorgen und lässt Spekulationen ins Kraut schießen, die bei manchen eine Art Konkurrenzdenken auslösen. So erwarten einige Menschen Steuererhöhungen, um die Kosten der Integration von Flüchtlingen zu bezahlen. Andere wiederum prophezeien ein beinahe zwangs-

läufiges Sinken des Bildungsniveaus niedersächsischer Kinder, da Flüchtlingskinder besonders viel Förderung in der Schule benötigen, nicht sofort im selben Tempo beim Lernstoff mithalten können und dadurch überproportional viel Lehrpersonal binden werden (erwartungsgemäß äußern v.a. Eltern diese Befürchtung). Vereinzelt werden auch Sorgen hinsichtlich einer Überforderung der Sozialsysteme laut, die zu steigenden Sozialversicherungsbeiträgen führen. Und einige Menschen befürchten eine „Bevorzugung“ von Flüchtlingen gegenüber bereits hier Lebenden, etwa indem z. B. Wohnungen für Flüchtlinge bereitgestellt werden, während „normale“ Niedersächsinnen und Niedersachsen nur schwer bezahlbaren Wohnraum finden.

Trotz der beschriebenen Probleme und Ängste sehen die Menschen in Niedersachsen die Integration der Flüchtlinge aber durchaus als lösbare Herausforderung an. Vor allem die jüngeren unter ihnen erwarten positive Effekte für die Wirtschaft und das Rentensystem.

„Wenn die Flüchtlinge gut eingebürgert werden, alle berufstätig sind, dann kurbelt das die Wirtschaft an, dann wäre die Rente für mich dadurch gesichert.“

Daraus ergeben sich für die Niedersächsinnen und Niedersachsen mehrere Forderungen an die Politik. Zunächst kann die Integration grundsätzlich nur gelingen, wenn es ausreichend Möglichkeiten zum Spracherwerb gibt. Daher gilt es, sowohl Angebote für Erwachsene zu schaffen, als auch dringend für ausreichend Personal in Schulen und Kitas zu sorgen. Des Weiteren muss eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt gewährleistet werden, etwa indem Bildungsabschlüsse der Flüchtlinge möglichst zügig anerkannt werden. Ohne Frage sind Investitionen notwendig, um die Integration zu stemmen. Sollten die Kosten nicht mit Mitteln aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren sein, müssen zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Der investive Charakter der Ausgaben rechtfertigt für die meisten auch die Aufnahme neuer Schulden. Zu guter Letzt gilt es, das Konfliktpotenzial zwischen bereits hier Lebenden und neu Ankommenden zu minimieren. Daher sollte die Unterbringung von Flüchtlingen in öffentlichen Gebäuden (z. B. Turnhallen) nur kurzfristig erfolgen, damit diese möglichst bald wieder genutzt werden können.

4.3 SICHERHEIT

Das Sicherheitsgefühl ist in Niedersachsen weitgehend intakt. Mit rund 80 Prozent fühlt sich die große Mehrheit der Niedersächsinnen und Niedersachsen sicher in ihrem Land. Dennoch formulieren auch in Niedersachsen einige Bürger_innen Bedenken und blicken mit Sorge auf eine mögliche Entwicklung von Parallelgesellschaften in manchen Orten ihres Landes.

„Ich laufe nicht mit Panik rum, aber wegen der ganzen schlimmen Nachrichten überlege ich schon mehr als früher. Mir ist noch nichts passiert, aber ich mache mir mehr Gedanken darüber. Ich möchte nicht sagen, dass hier was passieren wird. Aber diese Unruhe ist schon ein Einschnitt in meine Freiheit.“

In der globalisierten Welt ist das Thema Sicherheit in Niedersachsen sicherlich nicht unbeeinflusst von bundespolitischen Entwicklungen und globalen Krisenereignissen, sodass sich in der Wahrnehmung der Menschen die niedersächsische, die gesamtdeutsche und die globale Sicherheitslage miteinander vermengen, was wiederum erklärt, warum das Thema Sicherheit für die Niedersächsinnen und Niedersachsen zunehmend relevant wird. Für den Moment können wir jedoch feststellen, dass die innere Sicherheit in Niedersachsen grundsätzlich für die Mehrzahl der Menschen noch intakt zu sein scheint, zeigen sich doch 55 Prozent der Bürger_innen mit der Arbeit der Regierung im Bereich Sicherheit zufrieden (vgl. Abb. 9). Andererseits zeigen sich mit 43 Prozent auch nicht wenige Bürger_innen unzufrieden mit den bisherigen Maßnahmen. Es besteht also weiterhin ein nicht zu unterschätzender Handlungsdruck für die Politik, der hier an einigen Beispielen verdeutlicht werden soll.

Abbildung 9: Zufriedenheit beim Thema Sicherheit

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Viele Bürger_innen registrieren etwa eine deutliche Zunahme von Wohnungseinbrüchen. Flüchtlinge werden dabei nur sehr selten für die Einbrüche verantwortlich gemacht. Vielmehr sieht man insbesondere „osteuropäische Banden“ am Werk. Auch wenn niemand unter den Menschen, mit denen wir sprachen, unmittelbar betroffen war, drückten viele eine wachsende Unruhe und Besorgnis bezüglich dieses Themas aus.

Des Weiteren gibt es Bedenken hinsichtlich der allgemeinen Sicherheit im öffentlichen Raum. Auch wenn niemand rechtsfreie Räume in Niedersachsen befürchtet, bestehen Sorgen, dass sich Fehler in der Integration wiederholen und sich Parallelgesellschaften bilden können, wenn einer „Ghettoisierung“ durch die Unterbringung von Flüchtlingen an einem Ort nicht von Anfang an entgegengewirkt wird. Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen beobachten manche Niedersächsinnen und Niedersachsen auch das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen sowie die Zunahme von Gewalttaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte mit großer Sorge. Hierbei wird teilweise schon eine regelrechte Spaltung der Gesellschaft in Gegner_innen und Befürworter_innen der Flüchtlingsintegration prognostiziert.

Sowohl die gestiegene Zahl an Wohnungseinbrüchen als auch das schwindende Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum hängen wesentlich mit der Präsenz bzw. der wahrgenommenen Nichtpräsenz der Polizei in Niedersachsen zusammen. Der derzeitige Personalstand bei den niedersächsischen Polizeibehörden ist für viele Menschen eine weitere Quelle für Besorgnis. Eine personell unterausgestattete Polizei wird vielerorts wahrgenommen und dieser Zustand deutlich kritisiert. Dies gilt sowohl für urbane Regionen als auch für ländliche Regionen, wo die Schließung ganzer Wachen und die daraus resultierenden langen Reaktionszeiten der Polizei für einigen Unmut sorgen. Änderungen bei der Ausstattung der Polizeibehörden sollten jedoch mit Augenmaß vorgenommen werden. Während viele Bürger_innen mehr Polizist_innen auf den Straßen und Plätzen Niedersachsens durchaus begrüßen würden, äußern manche aber auch Bedenken, wenn diese in allzu martialischer Montur auftreten. Statt stark bewaffneter Kräfte wird also eher eine bürgernahe Polizei nachgefragt.

4.4 SOZIALE GERECHTIGKEIT

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist oftmals mit unterschiedlichen Bedeutungen verbunden und taucht im Themen- und Sorgenkanon der Niedersächsinnen und Niedersachsen sowohl 2011 als auch aktuell immer wieder und in unter-

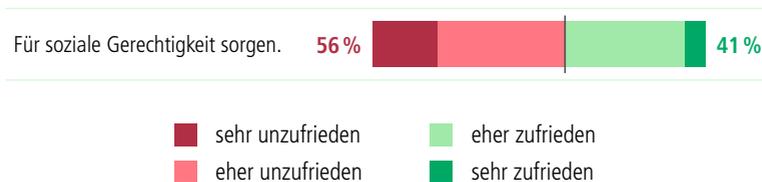
schiedlichen Zusammenhängen auf. Daher bietet es sich an, ihn hier genauer zu betrachten und seinen vielschichtigen Inhalt aufzufächern. Drei Bemerkungen lassen sich jedoch bereits vorab treffen. (1) Soziale Gerechtigkeit ist ein Thema, das viele Niedersächsinnen und Niedersachsen schon länger beschäftigt. Bereits 2011 war die Sorge um die soziale Gerechtigkeit für 93 Prozent der Bevölkerung wichtig. (2) Obgleich der Begriff in unterschiedlichen Zusammenhängen genutzt und mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen wird, enthält er einen gewissen unveränderlichen Kern. Wann immer der Begriff auftaucht, um einen Zustand zu beschreiben, beruht seine Verwendung in der Regel auf dem Eindruck bzw. der Erfahrung, dass die Zugewinne des allgemeinen Wohlstands in Niedersachsen nicht gerecht verteilt wurden (vgl. Faus et. al 2016: 25). Daraus folgt fast immer die Forderung nach einer entsprechenden Reallokation des Wohlstands. Wie drängend diese Forderung sein kann, zeigte sich bspw. schon für fünf Jahren an den Antworten der Bürger_innen auf die Frage nach ihren persönlichen Sorgen. Damals bestand die größte persönliche Sorge der Niedersächsinnen und Niedersachsen darin, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer größer werden (vgl. FES Niedersachsen 2011: 26). (3) An dieser Sorge dürfte sich in der Zwischenzeit nur wenig geändert haben. Dies zeigt sich zum einen an dem Umstand, dass soziale Gerechtigkeit von den Niedersächsinnen und Niedersachsen gegenwärtig als drittgrößter Problemkomplex eingestuft wird und zum anderen daran, dass die Mehrheit (vgl. Abb. 10) der Bürger_innen unzufrieden ist mit den bisherigen Anstrengungen der Landesregierung, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Abbildung 10: Zufriedenheit beim Thema soziale Gerechtigkeit

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Woran liegt dies und welche Inhalte drückt der Begriff soziale Gerechtigkeit jeweils aus? Einerseits wird soziale Gerechtigkeit oftmals mit dem Begriff Leistungsgerechtigkeit gleichgesetzt. Hierbei geht es vor allem um die Forderung, dass es möglich sein muss, durch Arbeit ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Ein wachsender Niedriglohnsektor, die Zunahme von Arbeitnehmer_innen, die ihr Einkommen durch staatliche Leistungen aufstocken müssen, oder auch der massenhafte Einsatz von Leiharbeit, bei dem gleiche Arbeit nicht gleich entlohnt wird, verletzen für viele Niedersächsinen und Niedersachsen den Gedanken der Leistungsgerechtigkeit und damit die soziale Gerechtigkeit tief.

Neben der Leistungsgerechtigkeit beinhaltet der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit auch die Idee der Chancengleichheit. Diese wiederum wird oft im Zusammenhang mit dem niedersächsischen Bildungssystem diskutiert, das, ähnlich wie der Arbeitsmarkt, Verstöße gegen das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden aufweist. So festigen etwa fehlende Kitabetreuungsplätze, Kitagebühren, nicht ausreichend qualifiziertes und/oder ausreichendes Personal in Schulen, aber auch der Eindruck, dass Haupt- und Realschulabschlüsse gegenüber dem Abitur gering geschätzt werden, vielerorts die Überzeugung, dass Chancengleichheit für alle Kinder nur unzureichend existiert, wodurch massiv Zukunftschancen verbaut werden.

Das Thema Chancengleichheit wird darüber hinaus auch im Hinblick auf die berufliche Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen diskutiert (vgl. Abb. 11). Im Gegensatz zum Bildungssystem hat die Mehrzahl der Bürger_innen Niedersachsens hier allerdings den Eindruck, ein gutes Stück vorangekommen zu sein.

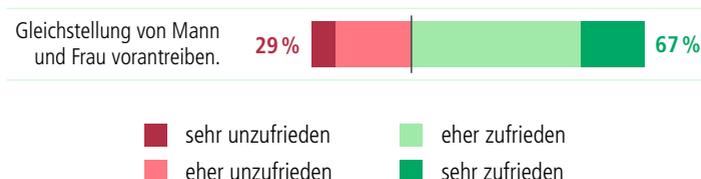
Zu guter Letzt wird soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen auch im Zusammenhang mit einer sicheren Daseinsvorsorge diskutiert und auch hier werden Mängel wahrgenommen. Wie bereits oben erwähnt, geht es dabei einerseits um ein modernes, ausgebautes Verkehrsnetz sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Personennahverkehr, das viele Niedersächsinen und Niedersachsen vermissen. Und andererseits ist es für viele Menschen sozial ungerecht, wenn ein ausreichendes medizinisches Versorgungsangebot im ländlichen Raum fehlt. Hinzu kommt seit einiger Zeit auch die Sorge um bezahlbaren Wohnraum, der besonders in den großen Städten wie Hannover oder Braunschweig zunehmend knapp wird.

Abbildung 11: Zufriedenheit beim Thema Gleichstellung von Männern und Frauen

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Insgesamt wird also deutlich, dass der Wert der sozialen Gerechtigkeit in Niedersachsen unter Druck geraten ist. Auch wenn die Schäden noch nicht nachhaltig sind, so zeigt doch die Fülle an strittigen Themen, dass sich insbesondere für die Politik ein erhöhter Handlungsbedarf ergibt. Nichts zu tun hieße in diesem Fall, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr zu bringen.

4.5 BILDUNG

Die Vorgängerstudie der FES stellte 2011 fest, dass eine relative Mehrheit der Niedersächsinnen und Niedersachsen unzufrieden mit der Bildungspolitik in ihrem Bundesland ist. Bemängelt wurden damals v. a. das unzureichende Angebot an Gesamt- und Ganztagschulen, zu große Klassen, häufiger Unterrichtsausfall sowie die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur um ein Jahr. Am Befund der mehrheitlichen Unzufriedenheit hat sich auch fünf Jahre später kaum etwas geändert (vgl. Abb. 12). An dieser Stelle sollte jedoch erwähnt werden, dass Bildung häufig ein recht emotional behandeltes Thema in der Bevölkerung ist. Daher kann man davon ausgehen, dass vermutlich nur sehr schwer oder gar niemals Lösungen für bildungspolitische Herausforderungen gefunden werden, die ausnahmslos jeden und jede überzeugen. Erwähnt werden sollte aber auch, dass in Niedersachsen das Thema weniger emotional aufgeladen zu sein scheint, als es in anderen Bundesländern der Fall ist. Nichtsdestotrotz besteht, wie gesagt, Unmut: So sind derzeit rund 61 Prozent der Bürger_innen unzufrieden mit den bisherigen

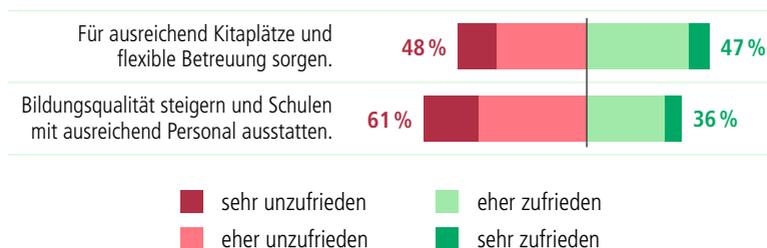
Anstrengungen der Landesregierung, die Bildungsqualität zu steigern und Schulen mit ausreichend Personal auszustatten. Und auch über das bestehende Angebot an Kitaplätzen und flexiblen Betreuungsangeboten äußert knapp die Hälfte der Niedersächsinen und Niedersachsen ihr Missfallen. Woran entzündet sich nun diese Unzufriedenheit und welche Forderungen ergeben sich aus ihr?

Abbildung 12: Zufriedenheit beim Thema Bildung

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5) weiß nicht/keine Angabe.



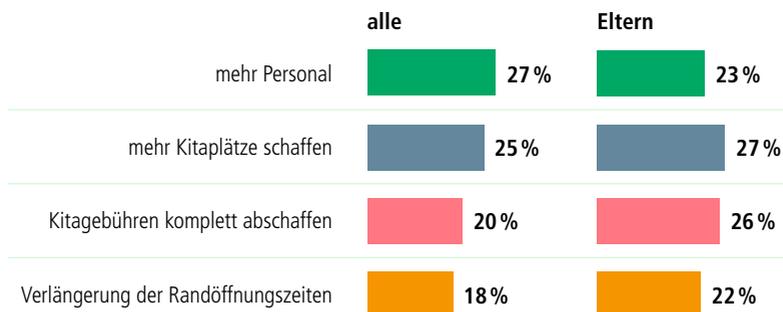
Der bisher geleistete Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen wird als richtiger Schritt hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesehen. Jedoch ist der Bedarf aus Sicht der Bürger_innen noch immer nicht ausreichend gedeckt und es besteht weiterhin eine hohe Nachfrage nach mehr Kitaplätzen und mehr Personal. So ist für rund 27 Prozent der Niedersächsinen und Niedersachsen bzw. 23 Prozent der niedersächsischen Eltern die Einstellung von mehr Personal die wichtigste Verbesserung im Bereich der Kitabetreuung (vgl. Abb. 13). Und für 25 Prozent aller Bürger_innen bzw. 27 Prozent der Eltern sind mehr Kitaplätze am wichtigsten. Von einer Verlängerung der Randöffnungszeiten erwartet sich dagegen ein gutes Fünftel der Niedersächsinen und Niedersachsen bzw. der niedersächsischen Eltern die größte Erleichterung. In Bezug auf die Kitagebühren besteht eine größere Uneinigkeit. Während ein knappes Drittel der Eltern eine vollständige Abschaffung der Kitagebühren als wichtigste Verbesserung begrüßen würde, ist es bezogen auf die Gesamtbevölkerung „nur“ ein Fünftel der Niedersächsinen und Niedersachsen.

Abbildung 13: Wichtigste Verbesserungen bei Kitas

Wenn Sie noch mal an Kitabetreuung in Niedersachsen denken, welche der folgenden Verbesserungen wäre Ihnen am wichtigsten?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe/keins davon. Abweichungen rundungsbedingt.



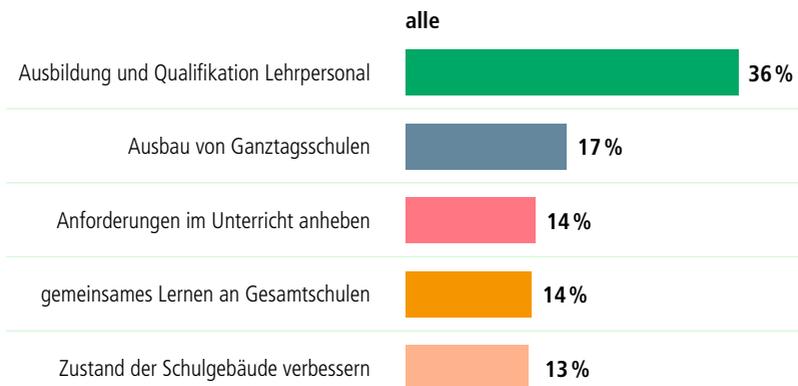
Im Bereich der Schulpolitik besteht ein ähnliches Bild (vgl. Abb. 14). So wird der Ausbau des Angebots an Gesamt- und Ganztagschulen begrüßt, aber der Bedarf ist noch nicht gedeckt. 17 Prozent der Niedersächssinnen und Niedersachsen sehen in einem weiteren Ausbau die wichtigste Verbesserung. Zusätzlich zum noch unzureichenden Angebot besteht vielerorts die Sorge, dass nicht genügend qualifiziertes Personal für die Schüler_innen bereitsteht. Daher verwundert es wenig, wenn die Ausbildung und Qualifikation von Lehrpersonal mit 36 Prozent in der vorgeschlagenen Liste der Verbesserungen den größten Zuspruch erhält. Durch Flüchtlinge erwarten die Niedersächssinnen und Niedersachsen noch einmal eine Verschärfung von bestehenden Personal- und Ausstattungsproblemen und damit negative Einflüsse auf die Lernerfolge der Kinder.

Abbildung 14: Wichtigste Verbesserungen bei Schulen

Manche in Niedersachsen sagen, die Schulen im Land müssten besser werden. Dabei gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Welcher davon ist Ihnen am wichtigsten?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Weiß nicht/keine Angabe/keins davon. Abweichungen rundungsbedingt.



Die Idee der schulischen Inklusion wird zwar positiv angenommen, allerdings bestehen ausgeprägte Bedenken hinsichtlich einer effektiven Umsetzung. Wiederum wird von vielen ein Mangel an (ausgebildetem) Personal vorausgesehen, der sich nachteilig auf alle Schüler_innen auswirken wird. Überhaupt zeigen viele Niedersächssinnen und Niedersachsen sich allgemein besorgt um das Bildungsniveau der niedersächsischen Schüler_innen. Vielen erscheint das Bildungsniveau in ihrem Land im Vergleich mit anderen Bundesländern als eher niedrig. Vor allem das vermeintlich niedrige Niveau der Abiturprüfung bzw. das schlechte Image eines „niedersächsischen Abiturs“ wird bemängelt. Daher besteht für 14 Prozent der Bürger_innen die wichtigste Verbesserung darin, dass die schulischen Anforderungen an die Kinder im Unterricht angehoben werden sollten, gefolgt von ebenfalls 14 Prozent, die prioritär eine stärkere Förderung von gemeinsamem Lernen an Gesamtschulen fordern. Zu guter Letzt ist die Substanz der Schulgebäude langsam in die Jahre gekommen, sodass sich 13 Prozent der Niedersächssinnen und Niedersachsen zuerst hier Verbesserungen und Investitionen wünschen.

„Die Klassen sind zu groß und die Lehrer dann schnell überfordert. Da kann man sich doch nicht gut um jedes Kind kümmern. Außerdem ist die Ausstattung der Schulen völlig veraltet. Und das Niveau könnte höher sein. Wenn man sagt, man hat sein Abi in Niedersachsen gemacht, klingt das nicht so gut wie: ‚Ich habe Abi in Baden-Württemberg oder Bayern gemacht.‘“

Im Gegensatz zu den Kitas und Schulen sind die Niedersächsinen und Niedersachsen recht zufrieden mit ihren Universitäten und Hochschulen und blicken mit Stolz auf ihre „forschungsstarke“ Hochschullandschaft. Insbesondere in Göttingen werden die Universität und ihre internationalen Studierenden als Bereicherung für die Stadt und die Region wahrgenommen, aber auch sonst wird gern auf das Niveau von Forschungseinrichtungen wie bspw. der TU Clausthal verwiesen.

4.6 WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Niedersachsen haben in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung erfahren. Während das Wirtschaftswachstum Niedersachsens 2011 hinter den bundesdeutschen Durchschnitt fiel, liegt es nun, wie bereits 2015, darüber. Daneben sinken die Arbeitslosenzahlen kontinuierlich, während die verfügbaren Einkommen der Niedersächsinen und Niedersachsen steigen. Blickten die Bürger_innen Niedersachsens 2011 noch eher mit Skepsis auf ihre wirtschaftliche Zukunft sowie die ihres Landes, so hat sich auch hier das Blatt gewendet. Wie schon eingangs beschrieben, schauen die Menschen heute eher mit einiger Zufriedenheit auf ihre Lage und mit Optimismus in ihre Zukunft.

Dennoch wäre es verfrüht, für die niedersächsische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Zielfahne zu schwenken. War das Thema Arbeitslosigkeit 2011 noch das drängendste Problem Niedersachsens, das beinahe 40 Prozent der Menschen mit großer Sorge betrachteten (vgl. FES Niedersachsen 2011: 28 ff.), steht es derzeit „nur“ auf Platz 6 der Prioritätenliste. Allerdings hält sich die Zufriedenheit der Bürger_innen mit der Arbeit der Regierung in diesem Bereich in Grenzen (vgl. Abb. 15). Lediglich eine knappe Mehrheit von 51 Prozent ist derzeit zufrieden mit den Maßnahmen der Politik, um Arbeitsplätze zu schaffen und die regionale Wirtschaft zu stärken. Eine gewisse Sorge bereitet hier der Eindruck, dass die niedersächsische Wirtschaft nur von wenigen Großunternehmen getragen wird. Insbesondere da vielen Menschen noch Erfahrungen mit Werks-

schließungen wie bei der Continental AG in Salzgitter in Erinnerung sind. Initiativen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft wie das Südniedersachsenprogramm, das Ende 2014 beschlossen wurde, könnten hier möglicherweise Abhilfe schaffen.

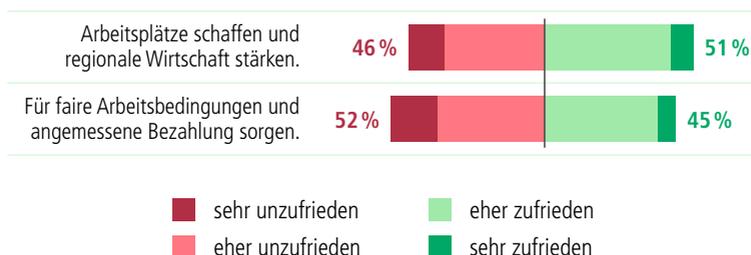
Auch wenn die Wirtschaft in Niedersachsen zurzeit kein Sorgenkind ist, gibt es Themen, die echten Unmut erregen.

Abbildung 15: Zufriedenheit bei den Themen Wirtschaft und Arbeit

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Vor allem an fairen Arbeitsbedingungen und angemessener Bezahlung mangelt es, da 52 Prozent der Niedersächsinen und Niedersachsen hierzu Unzufriedenheit äußern. Viele Bürger_innen schätzen das Lohnniveau in Niedersachsen als verhältnismäßig niedrig ein. Zusammen mit steigenden Anforderungen an Arbeitnehmer_innen und zunehmendem Druck und Stress entsteht so rasch der Eindruck unfairer Arbeitsbedingungen.

Ein besonders hohes Erregungspotenzial besitzt darüber hinaus das Thema Leiharbeit. Obwohl die Niedersächsinen und Niedersachsen durchaus die Vorteile von Leiharbeit anerkennen und sie, in Maßen verwendet, als sinnvolles Instrument der Arbeitsmarktpolitik akzeptieren, wird sie dennoch bei vielen Gesprächen mit Begriffen wie „Sklavenarbeit“, „unethisch“ und „unsozial“ assoziiert.

„Ich arbeite in einer der größten Firmen hier in Göttingen und arbeite mit Leiharbeitern zusammen. Es ist moderne Sklaverei, was mit denen gemacht wird. Keine definitive Aussage, ob sie übernommen werden, alles ist unsicher, alles passiert auf den letzten Drücker. Ich finde das unmöglich, was für ein Druck auf Leiharbeiter ausgeübt wird.“

Nur ein Teil der Menschen hat dabei konkrete Erfahrungen mit Leiharbeitsverhältnissen gemacht. Was die Leute erregt, ist insbesondere der, aus ihrer Sicht, ausufernde und teilweise missbräuchliche Einsatz von Leiharbeit. Insbesondere Großkonzernen wie VW werden oftmals der massenweise Einsatz von Leiharbeiter_innen und deren systematische Ausnutzung durch Kettenverträge vorgeworfen. Daneben wird auch die Verwendung von Kettenverträgen bei Universitätsmitarbeiter_innen als missbräuchlich kritisiert. Hier wird eindeutig die Politik in der Pflicht gesehen zu handeln, gesetzliche Schlupflöcher zu schließen und die Ausbeutung von Arbeitnehmer_innen zu unterbinden.

Ein zum Zeitpunkt der Studiendurchführung noch eher nebenher laufendes Thema ist die Entwicklung rund um die VW-Abgasaffäre. Auch wenn das ganze Ausmaß der Ereignisse und die sich daraus ergebenden Folgen für Niedersachsen und den Industriestandort Deutschland kaum absehbar sind, sehen einige Niedersächsinnen und Niedersachsen dennoch bereits deutlich dunklere Wolken heraufziehen. In der Regel werden Umsatzeinbußen und ein Verlust von Arbeitsplätzen erwartet. Da die Entwicklung um VW jedoch in der Zwischenzeit deutlich an Fahrt aufgenommen hat, ist zu vermuten, dass das Thema mittlerweile auch deutlich aufmerksamer, kritischer und besorgter verfolgt wird.

4.7 INFRASTRUKTUR

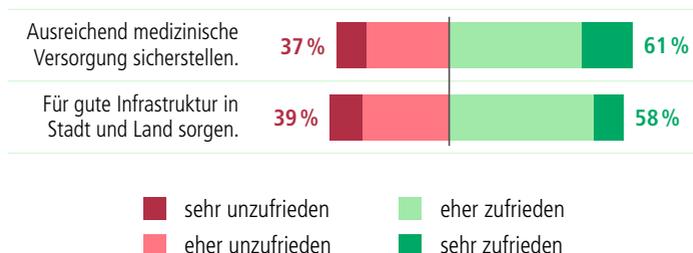
Sowohl mit der medizinischen Versorgung als auch der Verkehrsinfrastruktur sind die Niedersächsinnen und Niedersachsen zunächst zufrieden. Rund 60 Prozent bewerteten diese beiden Bereiche positiv (vgl. Abb. 16). Dass jedoch auch ca. 40 Prozent unzufrieden mit der Arbeit der niedersächsischen Politik sind, deutet darauf hin, dass die To-do-Liste der Regierung noch nicht abgearbeitet ist.

Abbildung 16: Zufriedenheit beim Thema Infrastruktur

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Zunächst weist die medizinische Versorgung in den ländlichen Regionen, wie in anderen Flächenländern Deutschlands auch, immer größere Lücken auf. So wird etwa in Ostfriesland ein gravierender Mangel an Haus- und Fachärzt_innen wahrgenommen. Zwar scheint die Politik das Problem erkannt zu haben, jedoch werden lediglich von der Kommunalpolitik Bemühungen registriert, hier Abhilfe zu schaffen. Von der Landespolitik werden keine Aktionen wahrgenommen und daher mehr Einsatz gefordert.

„Das Problem ist oft die Versorgung mit Hausärzten. Hausärzte schließen hier überall und es kommt keiner hinterher, denn keiner möchte auf's Land.“

Daneben besteht die Herausforderung, die ländlichen Regionen Niedersachsens durch den ÖPNV zu vernetzen. Hier fehlt es aus Sicht der Bürger_innen an einem attraktiven Angebot mit ausreichenden Bahnanschlüssen bzw. Busverbindungen in kurzen Intervallen zu günstigen Preisen.

„Die Bahnanbindung ist schlecht. Bei uns gibt es nur einen einzigen Zug, der zur Küste fährt. Sonst ist da nichts. Man ist auf das Auto angewiesen.“

Auch das Straßennetz weist Mängel auf. Während der Zustand der großen Hauptverkehrsstraßen positiv bewertet wird, berichten viele Menschen, dass kleinere Land- und Nebenstraßen sowie Brücken in desolatem Zustand sind. Baustellen, auf denen scheinbar niemand arbeitet, notdürftige Reparaturarbeiten, die keine dauerhaft sicheren Straßen bieten sowie fehlende Koordination zwischen einzelnen Baustellen sorgen zusätzlich für tägliche Frustrationen. Wie schon bei anderen Themen sind auch hier wiederum Zuständigkeiten für den Erhalt von Straßen unklar. Klar ist nur, dass die Politik zum Handeln aufgefordert wird.

„Wenn ich als Pendler von Oldenburg nach Norden fahren will, brauche ich mittlerweile 2 Stunden 40 Minuten. Zwischen Bad Zwischenahn und Westerstede ist eine Baustelle, die sie bis heute nicht stemmen können. Da geht nichts voran.“

Die beschriebenen Zustände sollten dabei keineswegs unterschätzt werden. Eine funktionierende und ausreichende Daseinsvorsorge, moderne Nahverkehrsangebote und effektive Schienentransportwege sowie ein relativ störungsfreies Wegenetz sind sowohl für Menschen als auch Unternehmen Grundvoraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sowie in medizinische Versorgungsangebote sind daher für die niedersächsische Politik unerlässlich, wenn sie nicht Gefahr laufen möchte, die wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Jahre wieder aufs Spiel zu setzen.

4.8 ENERGIE UND LANDWIRTSCHAFT

Niedersachsen verzeichnete im Vergleich mit anderen Bundesländern besonders früh Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien (vgl. Behrendt 2003) und noch immer sehen die Menschen ihr Land als Vorreiter bei der Energiewende. Dies gilt zu Recht insbesondere bei der Windenergie (vgl. BWE 2016: 7). Daher äußern sich auch rund zwei Drittel der Bürger_innen zufrieden mit der Energiepolitik der Landesregierung (vgl. Abb. 17). Allerdings besteht auch bei einem Drittel Unmut hinsichtlich des Themas Energiewende. Dies liegt zum einen daran, dass für manche die niedersächsische Regierung inzwischen eine gewisse Reformmüdigkeit an den Tag zu legen scheint, und zum anderen ist die Frage des effizienten und kostengünstigen Transports der gewonnenen Energie nicht befriedigend beantwortet.

Das Thema Endlagerung von Atommüll steht ebenfalls vor ungelösten Fragen und wird noch immer eng mit Niedersachsen und insbesondere mit Gorleben verknüpft. Gehörte die Atompolitik und die Frage der Endlagerung 2011 noch auf Platz zwei der wichtigsten Aufgaben und Probleme in Niedersachsen (vgl. FES Niedersachsen 2011: 30), so ist sie nun in der Wahrnehmung der Niedersächssinnen und Niedersachsen etwas ins Abseits geraten. Dies liegt sicherlich nicht zuletzt daran, dass nach dem Reaktorunfall von Fukushima und dem danach (erneut) beschlossenen Atomausstieg, die Debatte ein wichtiges Etappenziel erreicht zu haben scheint, sodass die Spannungskurve im Moment etwas abflacht. Dessen ungeachtet gibt es nach wie vor Stimmen in der Bevölkerung, die deutlich nach einer Lösung des Problems verlangen.

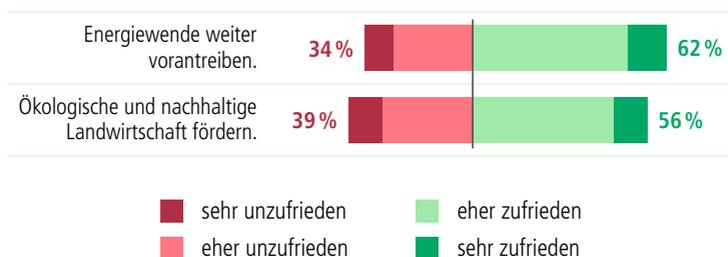
„Atommüll ist so ein typisch niedersächsisches Problem. Wohin damit? Wollen sie alles in Gorleben vergraben oder welches Bundesland ist jetzt dran?“

Abbildung 17: Zufriedenheit bei den Themen Energie und Landwirtschaft

Kommen wir zu einigen Themen in Niedersachsen. Wie zufrieden sind Sie bei diesen Themen mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung?

Basis: Alle Wahlberechtigten.

Fehlende Werte: Neutral (5)/weiß nicht/keine Angabe.



Unklarheiten bestehen auch in Bezug auf die Landwirtschaft. Die Niedersächssinnen und Niedersachsen sehen die Landwirtschaft in ihrem Land – nicht zuletzt aufgrund der Berichterstattung über sehr niedrige Milchpreise unmittelbar vor und während der Durchführung der Studie – zwar in der Krise, eine eindeutige Richtung, wohin die Entwicklung führen wird (bzw. soll), sehen sie jedoch nicht.

Während das Thema in den Städten erwartungsgemäß weniger akut ist, sehen die Bewohner_innen der ländlichen Regionen umfangreiche Probleme. So ist vielen das Problem der Überdüngung mit Gülle bekannt und es bestehen oftmals Bedenken, dass die damit einhergehende Belastung der Böden und des Grundwassers sich auch auf die Menschen auswirken wird.

„Die viele Gülle ist ein ziemliches Problem. Dadurch sammelt sich im Grundwasser Nitrat an und wir vergiften uns.“

Darüber hinaus kritisiert man die Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe auf einige wenige Großbetriebe. Auch die Konzentration auf Mais-Monokulturen zur Belieferung von Biogasanlagen sowie der Verlust von Agrarflächen durch die Umwandlung in Bauland werden als problematisch für Niedersachsen bewertet.

Insgesamt besteht zwar mehrheitlich Zufriedenheit mit der bisherigen Förderung einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft, dass sich aber 39 Prozent der Bürger_innen Niedersachsens unzufrieden äußern, deutet darauf hin, dass Probleme bestehen, die ein zunehmendes Erregungspotenzial bergen.



5. AUSBLICK

Zum Abschluss dieser Untersuchung geht es nun darum, zusammenfassend zu überlegen, inwieweit die dargestellten Befunde Niedersachsen zu einem Land mit Zukunft machen. In der Vorgängerstudie wurde ein moderner, zukunftsfähiger Standort wie folgt beschrieben: Er fördert erneuerbare Energien, besitzt ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, verfügt über erfolgreiche Universitäten und ein effektives Bildungssystem und bietet einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der breiten Schichten berufliche Chancen eröffnet. Schaut man vor dem Hintergrund dieser Faktoren auf Niedersachsen, so lässt sich feststellen, dass in den vergangenen fünf Jahren tatsächlich einiges in Bewegung gekommen ist und sich in wichtigen Bereichen eine erfolgreiche Entwicklung vollzogen hat.

Der Wirtschaftsmotor brummt und hat sowohl die Einkommen steigen als auch die Arbeitslosenzahlen sinken lassen. Es wurde in Schulen und Kitas investiert, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten und der Universitätsstandort Niedersachsen hat an internationaler Attraktivität nichts eingebüßt. Darüber hinaus ist der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangeschritten.

Niedersachsen scheint also auf den ersten Blick gut für die Zukunft gerüstet zu sein. Schaut man dagegen ein zweites Mal auf das Land, so muss man aber auch feststellen, dass die 2011 formulierten Aufgaben zwar teilweise angegangen wurden, aber mit der Flüchtlingskrise neue Herausforderungen auf Niedersachsen warten.

Die Integration der Flüchtlinge wird für Niedersachsen auf absehbare Zeit sicherlich die größte Herausforderung sein. Die bisherigen Anstrengungen der Politik reichten zwar aus, um ein anfängliches Chaos zu verhindern, aber auf längere

Sicht bedarf es einer umfassenden Planung und Koordinierung aller Beteiligten, an der es bislang zu mangeln scheint. Bislang konnte die Politik auf das Engagement vieler Bürger_innen zurückgreifen und auch für die Zukunft wird in Niedersachsen vermutlich ein großes Reservoir an bürgerschaftlicher Einsatzbereitschaft zur Verfügung stehen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist es jedoch, den Menschen im Land besser als bisher zu erklären, wohin die Reise gehen soll, welche Anstrengungen dafür notwendig sind und wie diese gemeistert werden sollen. Der Auftrag, mehr und besser zu erklären, richtet sich dabei nicht nur an die Politik. Auch die politische Bildungsarbeit der FES kann hier ihren Teil beitragen.

Die im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik – aber nicht nur mit ihr alleine – auftauchenden Zweifel an der Sicherheit in Niedersachsen werden eine weitere Herausforderung für das Land darstellen. Neben der Investition in mehr Polizeikräfte bedarf es auch hier mehr kommunikativer Anstrengungen, um „Erzählungen“ über den Untergang Deutschlands bzw. Niedersachsens, wie sie oft von rechtspopulistischer Seite zu hören sind, mit einem wirksamen Gegennarrativ kontern zu können.

Hierbei kann es sicherlich helfen, wenn einerseits auf die erfolgreiche Entwicklung der wachsenden niedersächsischen Wirtschaft verwiesen wird und andererseits Wege gefunden werden, den wirtschaftlichen Wohlstand besser als bisher zu verteilen. Das Gefühl, systematisch benachteiligt zu werden und abgehängt zu sein, ist ohne Frage eines der Kernprobleme der Gegenwart. Seine negativen Auswirkungen sowohl auf die Legitimität des politischen Systems als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt erfordern rasche und umfangreiche Gegenmaßnahmen. In Bezug auf den Arbeitsmarkt etwa stehen an vorderster Stelle die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung einer gerechten Entlohnung.

Auch der Bereich Infrastruktur sollte nicht vernachlässigt werden, sondern im Gegenteil fit gemacht werden für die Ansprüche moderner Transport- und Mobilitätskonzepte, die Herausforderungen des demografischen Wandels, insbesondere in ländlichen Regionen, sowie die Anforderungen der digitalen Wissensökonomie. Dies bedeutet konkret, mehr Geld für die Instandhaltung des Straßennetzes in die Hand zu nehmen, den Schienen- und öffentlichen Personennahverkehr zu fördern, ausreichende Angebote der Daseinsvorsorge sicherzustellen und den Ausbau der digitalen Infrastruktur voranzutreiben.

Mehr Investitionen in infrastrukturelle Bereiche werden allerdings nicht ausreichen, um die niedersächsische Wirtschaft weiter boomen zu lassen und das Land bereit für zukünftige Aufgaben zu machen. Hinzukommen müssen auch umfangreiche bildungspolitische Investitionen. Die bisher in Angriff genommenen Maßnahmen gilt es dabei fortzuführen bzw. auszubauen; z. B. durch mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder, mehr und besser qualifiziertes Lehrpersonal an Schulen sowie eine moderne Ausstattung der Schule. In diesem für moderne Ökonomien und Gesellschaften eminent wichtigen Bereich hinkt Niedersachsen weiterhin hinterher und droht dadurch, wirtschaftliche Erfolge wieder aufs Spiel zu setzen.

Die Herausforderungen für Niedersachsen sind also nicht gering, aber das Land besitzt die Voraussetzungen, um sie bewältigen zu können. Im Moment scheint es so, als stünde Niedersachsen an einem Scheideweg: Ob es ein Land mit Zukunft ist, wird sich zeigen müssen, aber dass es ein Land mit Zukunft sein kann, daran besteht kein Zweifel.

6. LITERATURVERZEICHNIS

- Albers, P. 2006: Die Niedersachsen suchen ihre Identität, in: Die Welt, 5.9.2006, <https://www.welt.de/print-welt/article150254/Die-Niedersachsen-suchen-ihre-Identitaet.html> (12.2.2017).
- Becker, N. 2013: Politische Unterstützung in Ost- und Westdeutschland: Eine quantitative Analyse unter Studierenden im Kontext der Politikverdrossenheit, Hamburg.
- Behrendt, D. 2003: Ökologische Modernisierung: Erneuerbare Energien in Niedersachsen: Chancen für neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze, Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Düsseldorf.
- Bergmann, K.; Diermann, M.; Niehues, J. 2016: Die AfD – eine Partei der Besserverdiener?, in: Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Kurzberichte, Köln.
- BWE (Bundesverband WindEnergie) 2016: Status des Windenergieausbaus an Land in Deutschland, Berlin.
- Destatis/WZB (Hrsg.) 2016: Datenreport 2016: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland: Werte und Einstellungen (Kapitel 14), Bonn.
- Faus, J.; Faus, R.; Gloger, A. 2016: Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsg.), Berlin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen (Hrsg.) 2011: Niedersachsen – Land in Bewegung, Hannover.
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen (Hrsg.) 2012: Ländliche Räume in Niedersachsen: Arbeitspapier aus den Werkstattgesprächen, Hannover.

- Nentwig, T.; Werwath, C. 2016: Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden.
- NIW (Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung) 2016: Konjunkturletter, Hannover.
- LSN (Landesamt für Statistik Niedersachsen) 2015: Niedersachsen-Monitor, Hannover.
- Sturm, R. 2016: Regionale politische Kulturen im deutschen Föderalismus, in: Werz, N.; Koschkar, M. (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden, S. 75–92.

7. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1	Niedersächsische Identität	S. 11
Abb. 2	Niedersächsisches Lebensgefühl	S. 13
Abb. 3	Einschätzung der Entwicklung Niedersachsens	S. 15
Abb. 4	Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage	S. 16
Abb. 5	Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft	S. 17
Abb. 6	Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung nach Wählergruppen	S. 19
Abb. 7	Wichtigste Themen	S. 22
Abb. 8	Zufriedenheit beim Thema Integration	S. 25
Abb. 9	Zufriedenheit beim Thema Sicherheit	S. 27
Abb. 10	Zufriedenheit beim Thema soziale Gerechtigkeit	S. 29
Abb. 11	Zufriedenheit beim Thema Gleichstellung von Männern und Frauen	S. 31
Abb. 12	Zufriedenheit beim Thema Bildung	S. 32
Abb. 13	Wichtigste Verbesserungen bei Kitas	S. 33
Abb. 14	Wichtigste Verbesserungen bei Schulen	S. 34
Abb. 15	Zufriedenheit bei den Themen Wirtschaft und Arbeit	S. 36
Abb. 16	Zufriedenheit beim Thema Infrastruktur	S. 38
Abb. 17	Zufriedenheit bei den Themen Energie und Landwirtschaft	S. 40

